

ANGST + HOFFNUNG

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS FÜR UND IN MITTELEUROPA

Peter Bender

Als wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder eine deutsche Armee aufgestellt werden sollte, weil die Sowjetunion gefährlich erschien, da brachte ein geistreicher Kopf die zwiespältigen Gefühle der Franzosen auf die Formel: Die deutsche Armee müsse größer sein als die sowjetische aber kleiner als die französische.

Man brauchte die Deutschen, aber fürchtete sie. Vierzig Jahre sind seitdem vergangen, aber nichts hat sich geändert im Kern der Sache: Die Deutschen haben einerseits in den vier Jahrzehnten zwar viel Vertrauen gewonnen, aber Deutschland ist wieder zu der fatalen Größe gewachsen, die den Nachbarn Angst machte. Für Bonn ist damit eine neue Lage entstanden. Die alte Bundesrepublik paßte problemlos ins westliche Europa. Sie war gerade so groß, wie die Europäische Gemeinschaft ertrug, sie durfte in EG und NATO eine Rolle spielen, aber brauchte sich weltpolitisch nicht zu engagieren. Sie konnte heiklen Entscheidungen ausweichen, indem sie auf ihre nationalen Schwächen verwies: die Teilung Deutschlands und die Insel Westberlin, die eingeschränkte Souveränität und die geschichtliche Belastung durch den mörderischen Nazismus. Bonn konnte sich aber ostpolitisch hinauswagen, weil es in EG und NATO einen sicheren Hafen hatte.

Damit ist es nun vorbei. Die Vereinigung hat die alte Bundesrepublik auch außenpolitisch vor die größte Herausforderung ihrer Geschichte gestellt. Die Westdeutschen sind aus der Idylle westlicher Geborgenheit vertrieben und sich selbst verantwortlich. Sie bleiben zwar in ihren Gemeinschaften und Bündnissen, aber als souveräner Staat, als größte Macht in Europa außer den Russen und in grundlegend veränderter Situation. Jetzt stellt sich zum ersten Mal unausweichlich die Frage, was Deutschland eigentlich ist und was es sein will: Ein Staat, nur der wirtschaftlichen Entfaltung hingegeben oder auch ins Spiel der Machtpolitik gestellt? Ein Land, nur Westeuropa verpflichtet, oder dem ganzen Kontinent?

Bisher kreisen die Debatten in Bonn nur darum, ob und unter welchen Bedingungen deutsche Soldaten einen Blauhelm aufsetzen sollen. Bisher reagieren wir lediglich auf Forderungen von außen, entwickeln keine eigenen Vorstellungen, sondern versichern nur eifrig, auch künftig für Frieden, Freiheit und Europa unser Bestes zu tun.

Es wäre falsch, die guten Absichten zu bezweifeln - die Frage ist nur, ob sie Bestand haben, wenn der Wind von vorn kommt oder wenn große Verlockungen reizen. Die Frage ist: Was tun die Deutschen, wenn sie wieder mächtig werden? Die Erfahrung sagt: Wo Macht ist, bildet sich auch ein Machtbewußtsein. Wo Macht wächst, entsteht die Bereitschaft, sie zu gebrauchen. Wo Machtgebrauch sich als erfolgreich erweist, entwickelt sich Machtpolitik. Es wäre ein Wunder, wenn dieses schlichte Gesetz ausgerechnet die Nachkriegsdeutschen ausließe - das Gegenteil ist schon zu sehen.

Der „Asylkompromiß“, auf den sich Koalition und Sozialdemokraten geeinigt haben, ist mit den guten Absichten nicht zu vereinbaren. Einerseits, so lautet die offizielle Bonner Politik, erfreuen sich Polen und Tschechen unserer ganz besonderen Fürsorge: Sie sind Nachbar und leiden unter den Folgen des Kommunismus, wir wollen ihnen helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Andererseits, so geht die praktische Politik, exportieren wir unser (laut Umfragen) größtes innenpolitisches Problem zu diesen Nachbarn und schaffen ihnen zu all ihren Schwierigkeiten noch eine weitere. Einerseits ist es unser erklärtes Ziel, Europa weder an der Oder noch am Bug enden zu lassen; andererseits muten wir den Europäern im Osten etwas zu, was wir im Westen nicht wagen würden. Einerseits fordern seit Jahrzehnten die Politiker aller Parteien, die Grenzen müßten durchlässig werden, damit Europa zusammenwachsen könne; andererseits zwingen Regierung und SPD andere Länder dazu, ihre Grenzen zu verriegeln. Und wenn die Völkerschaften im Osten sich sträuben, dann werden wir ihnen zeigen, daß wir auch anders können.

Kein verantwortlicher Politiker am Rhein hat Eroberungsgelüste, der Asylbewerberexport entspringt einer inneren Schwäche Deutschlands, das allein mit dem Problem nicht fertig wird. Aber die Schwäche eines Starken kann gefährlich werden.

Die Erfahrung lehrt nicht nur, daß Macht auch Machtbewußtsein schafft, sie zeigt, daß ein Machtvakuum unvermeidlich Macht anzieht. Das östliche Mitteleuropa und Südosteuropa sind ein riesiges Vakuum; die Sowjetunion, die das alles beherrschte, ist verschwunden, die Amerikaner und Westeuropäer sehen zwar mit Besorgnis auf diese Region, aber engagieren sich dort nur wenig. So bleibt das Feld Deutschland überlassen: Auch wenn wir gar nicht wollen und es nicht unser altes Einflußgebiet wäre, drängen uns die Verhältnisse, die Lücke zu füllen.

Die Erfahrung lehrt ferner, daß starkes wirtschaftliches Engagement allmählich auch politische Abhängigkeit schafft. Von Warschau über Budapest bis Sofia befürchten national gesonnene Politiker den „Ausverkauf“, den Verlust der gerade mühsam errungenen Selbständigkeit. Andere halten dagegen: Schlimmer als Ausverkauf sei, nicht gekauft zu werden. Vergessen werden allerdings meist die Größenverhältnisse: Wenn Deutsche in Polen investieren, aber Polen nicht in Deutschland, dann entsteht ein Ungleichgewicht, das politische Konsequenzen haben kann: Die Oder-Neiße-Grenze bleibt unberührt, dennoch zieht „deutsche Ordnung“ in die „polnische Wirtschaft“ ein.

Für alle drei Erfahrungen zusammen gibt es bereits ein peinliches Beispiel. Die alte Bundesrepublik hatte nichts weniger im Sinn als eine Vereinnahmung der DDR, doch plötzlich gewann sie Macht über die DDR, weil dort keine Macht mehr war und die Ostdeutschen sich ihren westdeutschen Landsleuten anvertrauten. Nach den ersten Wochen nationaler Rührung begannen die Gesetze der Machtpolitik zu wirken. Jeder nutzte seine Chance. Die Parteien begaben sich an die Schaffung fester ostdeutscher Klientel. Manche Konzerne teilten das Neuland in Interessenzonen unter sich auf; große und kleine Geschäftemacher überschwemmten Städte und Dörfer, um billig Boden zu kaufen und schlechte Teppiche zu verkaufen. Eine unheilige Allianz aus ARD, ZDF und Parteien macht sich Funk und Fernsehen der DDR zur Beute. Die Westkirchen nötigten den Ostkirchen die bequeme staatliche Kirchensteuer-Eintreibung auf. Sogar Feuilletonisten schritten zur Tat. Sie gaben ihren Respekt vor der DDR-Literatur auf und erklärten Christa Wolf, die mache früher für nobelpreiswürdig hielten, zur mittelmäßigen Schriftstellerin.

Der Vorgang war exemplarisch. Als die DDR noch die DDR war, hielten nicht nur linksnaive Schwärmer manches dort für diskutabel, von sozialen Einrichtungen über Polikliniken bis zur Einheitsversicherung. Auch wenn man nichts davon übernehmen wollte - die Landsleute hatten sich daran gewöhnt, waren meist zufrieden damit, manche sogar ein wenig stolz darauf. So hielt man für akzeptabel, was dort akzeptiert wurde. Doch nachdem die DDR zusammengebrochen war, erschien auf einmal alles fragwürdig, was mit ihr zusammenhing. Als die Ostdeutschen wehrlos waren, ließen die Westdeutschen ihre Rücksicht fallen und nichts mehr gelten außer den eigenen Normen, Werten und Begriffen. Es war die Macht, die hochmütig machte.

So fragt sich, und so werden auch die Nachbarn fragen: Wie werden die Deutschen mit anderen Völkern umgehen, wenn sie schon beim eigenen keine Rücksicht nehmen? Kann die Bonner Außenpolitik besser sein als die Bonner Innenpolitik? Werden wir in Europa schaffen, was wir zu Hause nicht schaffen? Können wir, Land in der Mitte, Brücken schlagen zwischen beiden Teilen Europas, wenn wir schon die beiden Teile Deutschlands nicht zusammenführen können?

Beim Versuch, zu antworten, kann man zunächst von der Streitfrage absehen, ob wir uns nach 1945 gründlich geändert haben oder ob jetzt wieder üble Neigungen von früher erwachen. Denn nicht allein für Deutsche, sondern für jede Nation gilt die Erfahrung, daß wachsende Macht zur Machtpolitik verführt. Natürlich läßt sich die Macht nicht aus der Politik entfernen, auch ist die Bundesrepublik keine caritative Einrichtung, sondern ein Staat mit Interessen, die er vertreten muß. Aber wer eine Vergangenheit hat wie wir, muß doppelt aufpassen.

Die außenpolitische Schwierigkeit des vereinten Deutschland ist seine mittlere Größe. Es ist zu klein, um Europa oder auch nur die Europäische Gemeinschaft zu beherrschen, aber es ist zu groß, um sich der Gemeinschaft auf Dauer problemlos einzufügen. Es ist zu klein, um alle Erwartungen zu erfüllen, die es erweckt; aber es ist zu groß, um nicht Erwartungen zu erwecken, die über seine Kräfte gehen. Das Dilemma der 50er Jahre hat sich mit der Vereinigung noch gesteigert: Wir werden gleichermaßen gebraucht und gefürchtet.

Auch das vereinte Deutschland muß den Spuren der alten Bundesrepublik folgen. Erstes Gebot bleibt die unlösbare Verflechtung in der Europäischen Gemeinschaft, und dabei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Neigung, sondern um pure Notwendigkeit - und das ist sehr beruhigend, denn Neigungen können sich ändern, obwohl das hier wenig wahrscheinlich ist. Über die Hälfte unseres

Exports geht in die EG, fast drei Viertel gehen in EG und EFTA, was demnächst dasselbe sein wird. Der Außenhandel bildet die wirtschaftliche Lebensgrundlage, die Außenpolitik hat dafür zu sorgen, daß der Handel unbehindert bleibt. Wer auch immer in Deutschland regiert - die „Westbindung“ ist ein Existenzfordernis, das keiner mißachten kann.

Für manche Nachbarn liegt gerade darin der Grund zur Sorge. Sie fürchten, die wirtschaftliche Kraft des vereinten Deutschland werde so groß werden, daß "nicht die Gemeinschaft die Deutschen einbinde, sondern die Deutschen die Gemeinschaft beherrschten. Schon gegen die alte Bundesrepublik „ging“ in Brüssel beinahe nichts mehr und gegen Deutschland wird künftig noch weniger möglich sein. Die Deutschen werden vermutlich den Kurs der EG mehr bestimmen, als ihrer Stimmenzahl in den EG-Gremien entspricht. Die anderen haben zwar weiterhin die große Mehrheit, aber das nützt nur, wenn sie sich einig sind.

Trotz aller Bedenken aber bleibt die Europäische Gemeinschaft ein historisch einmaliges Instrument, um nationale Willkür in Grenzen zu halten. Auch ein dominierendes Deutschland wird nicht alles tun können, was es vielleicht einmal möchte. Frankreich, Großbritannien, Italien - auch in Zukunft werden das Staaten sein, die wirtschaftliche Kraft und vor allem politisches Selbstbewußtsein haben. Paris und London gaben in der Nachkriegszeit eindrucksvolle Beispiele für die Kunst, mehr Einfluß auszuüben, als ihrem Gewicht entsprach.

Auch der zweite Pfeiler westeuropäischer Politik wird und sollte erhalten bleiben. Die NATO wurde zwar gegen die Sowjetunion gegründet, und ein Bündnis ohne Gegner wird sinnlos; aber den zweiten Gegner, der selten genannt wird, gibt es noch. Zweck der Allianz sei, so sagte einst ihr Generalsekretär Lord Ismay: to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down. Auch Polen und Tschechen wünschten 1990, das vereinte Deutschland solle in der NATO bleiben, weil die Allianz die Bundeswehr unter ihrem Kommando hält und deutsche Eigenmächtigkeiten verhindert. Zwar sind die Sorgen von Droh- oder Gewaltakten der deutschen Armee anachronistisch, doch da sie noch nicht ganz abgestorben sind, kann man sie nicht ganz übersehen.

Auch der weitere Zweck der NATO, die Amerikaner in Europa zu halten, erscheint sinnvoll, denn noch werden die USA hier gebraucht - gegen die atomaren Ungewißheiten in der ehemaligen Sowjetunion und gegen ein stärker werdendes Deutschland. Zugleich ist zu erwarten, daß Washington künftig weniger dominierend wird. Henry Kissinger sagte kürzlich: Amerika finde sich jetzt in einer Welt, die es nicht beherrschen, aus der es sich aber auch nicht einfach zurückziehen könne. Mit einem solchen Amerika läßt es sich leichter leben als früher: Es wäre nicht mehr Hegemonialmacht in Europa, sondern Flügelmacht wie einst England, das sich nur wenig auf dem Kontinent engagierte, aber für die Erhaltung des Gleichgewichts sorgte.

Weiterleben wird die NATO allerdings nur, wenn sie sich zu einer gesamteuropäischen Einrichtung entwickelt. Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn wollen ihr beitreten und sollten es sobald wie möglich - allerdings mit einem Sonderstatus wie Norwegen, der die Stationierung von Atomwaffen in Friedenszeiten verbietet. Das Fernziel ist, die Westallianz zu einem Sicherheitssystem für und mit ganz Europa umzubauen - einem System, das alle vor allen schützt, indem es jeden An- oder Übergriff kollektiv ahndet. Eine europäische UNO mit eigenen Eingreiftruppen, die in einem Falle wie Jugoslawien zur Stelle sind und den Krieg verhindern, bevor er mit allen Kräften geführt wird. Zur Zeit ist das eine schöne Utopie, was nicht Illusion bedeutet; zur Zeit muß man sich auf das Erreichbare konzentrieren, die Sicherung des östlichen Mitteleuropa, womöglich auch Rumäniens und Bulgariens sowie der baltischen Republiken.

Schon die alte Bundesrepublik mußte Ostpolitik treiben, weil sie den Ostdeutschen, soweit möglich, helfen wollte und für West-Berlin zu sorgen hatte. Heute ist die Notwendigkeit, sich um den Osten zu bemühen, sogar noch gewachsen. Bis zur großen Wende von 1989 fiel alles jenseits von Oder und Böhmer Wald in die Verantwortung der Sowjetunion. Moskau mußte sich kümmern, wenn ein Land in Not oder Unruhe geriet; daß es das nicht mehr konnte, bewog Gorbatschow schließlich, das Imperium aufzugeben und somit dem Westen zu überlassen. Nun sind wir verantwortlich, Westeuropa und auch die Vereinigten Staaten. Wenn der Osten verelendet, wird der Westen zur letzten Hoffnung, und die Leute wandern dorthin; wenn Krieg ausbricht, kommen die Obdachlosen, Vertriebenen, Vergewaltigten zu uns. Auch wenn wir die Grenzen sperren, können wir der Notwendigkeit nicht entgehen, etwas zu tun. Vor allem verlangt vorausschauende Politik, Katastrophen, soweit irgend möglich, zu verhindern.

Westeuropa wird keine Ruhe haben, solange der Ostteil Europas nicht zur Ruhe kommt - das ist hundertmal gesagt worden, fast jeder Verantwortliche weiß es, aber die Folgerungen werden ungenügend gezogen. So fragt sich: Ist Deutschland in der Lage, sie zu ziehen? Oder vielmehr: Muß Deutschland hier tätig werden? Es liegt dem Osten am nächsten, geographisch, historisch und wirtschaftlich; und es hat den größten Vorteil, wenn der Osten sich erholt, und den größten Nachteil, wenn dort Explosionsgefahr entsteht.

Aber Ostpolitik ist ein schwieriges Geschäft. Es ging dabei alle Zeit weniger um die Ziele als um den Grad des Engagements für die Ziele. Ostpolitik war, verglichen mit Westpolitik, immer unbequem, mühsam und weniger durch sichtbare Erfolge belohnt. Ostpolitik blieb daher, von Ausnahmezeiten abgesehen, Sache einer Minderheit von Politikern, Wirtschaftlern und interessierten Bürgern - und so ist es auch heute. Die meisten Westdeutschen meinen, daß schon Ostdeutschland zu viel kostet: Polen, Tschechen oder gar Russen können wir nicht auch noch finanzieren. Die Mehrheit der Ostdeutschen stimmt zu, denn ihnen entgeht, was andere bekommen; Solidarität mit den Nachbarn und einstigen Leidensgenossen gibt es zwar, aber nur bei wenigen.

Wie Bonn schon früher Mühe hatte, die Westeuropäer für den Ostteil des Kontinents zu interessieren, so wird es das künftig ebenso haben. In Paris und London, in Rom und Madrid sieht jeder zwar ein, daß man helfen muß, aber jeder hat zunächst andere Sorgen - mit sich selbst, mit dem Süden oder Übersee, je nach Lage und Tradition. Fast überall findet man es zwar bedenklich, wenn der Osten zur Domäne der Deutschen wird; auch Bonner Minister sagen, wohin sie kommen, wir könnten und wollten doch nicht alles allein machen; denn es liegt im dringenden Interesse der Bundesrepublik, die Osthilfe zu europäisieren, um sich finanziell und politisch zu entlasten. Aber am Ende, das sagt alle Erfahrung, werden die Notstandsgebiete des früheren Sowjetreichs doch größtenteils Deutschland überlassen oder sogar überantwortet. Und nicht zuletzt die Völker wie die Regierungen dort setzen vor allem auf uns: Wir sollen ihnen in die EG und die NATO helfen, wir sollen den Balten sogar die Russen aus dem Lande schaffen - ein baltischer Minister bat neulich darum, wir hätten doch so gute Beziehungen zu Moskau.

Im Kern ist das nicht neu, aber im Umfang. Schon die alte Bundesrepublik weckte mehr Erwartungen, als sie erfüllen konnte; jetzt aber ist das vergrößerte Deutschland zu einer Bedeutung gelangt, die schwindeln macht: Von uns hängt ab, ob Europa auseinanderbricht oder allmählich wieder zusammengefügt wird. Wir allein können nicht Brücke sein, aber ohne uns zerfällt der Kontinent. Wir allein können den Osten nicht retten, aber wir können das meiste dafür leisten und die anderen dazu drängen. Sicher erscheint: Was wir nicht tun, werden andere schon gar nicht tun. Deutschland ist zur Schlüsselkraft für Europa geworden - das ist die neue Lage, in die uns die Wende von 1989/ 90 gebracht hat.

Eine ungewöhnlich schwierige Lage. Wir wollen uns für den inneren Ausbau der EG engagieren, ohne zu dominieren, aber müssen zugleich unser gewachsenes Gewicht nutzen, um die Gemeinschaft nach Osten zu öffnen. Wir wollen in der NATO weiter loyal mitarbeiten, aber müssen auf einen Umbau der Allianz drängen, der bei den anderen Mitgliedern unpopulär ist. Wir wollen im Osten helfen, aber dürfen dort nicht herrschen.

Das ist fast die Quadratur des Kreises, und es scheint, als gebe es nur zwei Möglichkeiten. Entweder sind wir der Lage nicht gewachsen, weil die Vereinigung unsere Kräfte aufzehrt und wir entschlußlos und handlungsschwach sind. Oder wir werden, soweit die Kräfte reichen, der Verantwortung gerecht und geraten dann in die Versuchungen der Machtpolitik. EG und NATO setzen uns zwar Grenzen, aber die Reise wird gefährlich, wenn wir uns nicht auch selbst Grenzen setzen. So fragt sich: Was ist innenpolitisch nötig, damit wir außenpolitisch vernünftig bleiben?

Zunächst erscheint es nötig, ein vernünftiges Verhältnis zur Vergangenheit zu bewahren. Sowenig wie Auschwitz ein moralisches Verbot für die deutsche Vereinigung sein konnte, so wenig ist die Vereinigung ein Freispruch der Geschichte. Wir sollten diesseits aller historischen Metaphysik bleiben und uns nur klarmachen: Da wir, außer Rußland, wieder zum stärksten Staat Europas wurden, erinnern sich die anderen stärker an den Marschritt der feldgrauen Kolonnen.

Vielleicht nützt es auch, die Vorteile unserer Nachteile zu beachten. Wir hatten schwer zu schleppen an unserer Vergangenheit, aber sie hinderte uns auch, in neue Abenteuer zu rennen. Und so peinlich unser Schielen auf die Meinungen des Auslands ist, es wirkt doch als nützliche Bremse. Auch die

Vorbehalte vieler Sozialdemokraten und der Grünen, deutsche Soldaten wieder schießen zu lassen, haben ihren Wert. Sie dürfen die Bundeswehr nicht hindern, die gleichen Pflichten und Gefahren auf sich zu nehmen wie andere Armeen, vorausgesetzt, es geht um Friedenserhaltung unter UN-Kommando und nicht um einen neuen Golfkrieg der Amerikaner. Aber die Vorbehalte dienen nicht der Drückebergerei, sondern entspringen dem besten Erbe der letzten 45 Jahre.

Es ist ein Erbe, dem sich alle Parteien der alten Bundesrepublik verpflichtet fühlten: Die Nation ist nicht mehr das Maß aller Dinge, darüber steht Europa. Souveränität ist kein absoluter Wert mehr, sondern kann und soll in wesentlichen Teilen an eine größere Gemeinschaft abgetreten werden. Stärke ist nicht mehr Staatsziel, wichtiger ist der Interessenausgleich mit anderen Staaten. Vierzig Jahre lang hat sich die Bundesrepublik Deutschland an diese Grundsätze gehalten und Vertrauen erworben; immer mehr überzeugten sich im Westen und dann auch im Osten die Völker und Regierungen, daß die Deutschen nicht mehr die Deutschen von- früher sind - ganz allerdings sind die Zweifel nie und nirgendwo verstummt.

Zweierlei gefährdet dieses Erbe. Erinnerung an Hitler und Selbstbeschränkung erscheinen als die Bußfertigkeit des Besiegten, Jüngere wollen das nicht mehr auf sich nehmen. Verkannt wird dabei, daß die einstige Schwäche zur Reife werden kann und großenteils schon wurde. Auf Souveränität pochen nur die Kleinen, die es nötig haben - Deutschland braucht das nicht.

Beachtung verlangen ferner die Schein-Realisten, die sich neuerdings zu Wort melden, hoch respektierte Akademiker sind dabei. Wir sind dominant, sagen sie, also laßt uns dominieren! Keine Scheu vor Macht und Machtpolitik, ermuntern sie uns, wir sollten nicht heucheln, sondern unsere Kräfte unbefangen gebrauchen. Erfrischend ehrlich klingt das und erinnert doch in seinem Tonfall an die Studenten der Kaiserzeit, die ihre Gläser hoben und einander mit dem „pecca fortiter“ ermunterten: Sündige tapfer! Überraschend wirklichkeitsnah hören sich die Reden an, wir müßten nochmals den Osten kolonisieren, aber es ist doch nur wieder der erste Schritt auf dem alten Weg.

Das große Examen haben wir noch nicht bestanden. Die Prüfungsfrage lautet: Bleiben die Deutschen auch dann noch Demokraten, wenn sich die Demokratie nicht mehr mit Wohlstand verbindet? Vieles spricht dafür, daß diese Probe bevorsteht. Vor zwanzig Jahren, nach dem ersten Ölschock, als erstmals die Autobahnen leer blieben, dämmerte die Erkenntnis, daß es nicht immer weiter aufwärts gehen könne. Jetzt läßt sich kaum mehr vertuschen, daß es abwärts gehen muß. Rezession in Westdeutschland und wachsender Bedarf in Ostdeutschland - das verlangt nicht einen Solidarpakt sondern Solidarität. Deutschland als Ganzes ist viel zu reich, um in Armut zu geraten, aber der Reichtum muß so verteilt werden, daß nicht innerhalb Deutschlands Armut sich ausbreitet und zur Massenarmut wird, vor allem östlich der Elbe, aber nicht nur dort.

Nichts von alledem kann bewältigt werden ohne politischen Mut. Die innere Vereinigung Deutschlands mißlang bisher so schrecklich, weil die Regierenden falsche Rücksicht nehmen: Bloß nicht stören, bloß nichts verlangen, es geht alles auch so! Aber es geht eben nicht so, es geht nur, wenn man etwas verlangt und bei großen Aufgaben sogar viel. Wer nur dem Volk auf's Maul schaut, gilt nicht viel beim Volk; Achtung erwerben Staatsmänner, die auch etwas fordern - zur rechten Zeit mit den richtigen Worten, mit einleuchtender Begründung und für Ziele, die überzeugen.

Seit 1990 gibt es kein machtpolitisches Hindernis mehr, die Europäische Gemeinschaft nach Osten hin auszudehnen. Keine ideologische Schranke mehr verstellt den Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie. Im Gegenteil, die Nationen dort streben zum Westen. Und wir, die Deutschen, sind durch Lage und Größe zur Schlüsselkraft Europas geworden, wir können etwas tun, was getan werden muß und von anderen nicht getan wird.

Der französische Botschafter in Bonn fragte vor kurzem, was die Deutschen sich als Ziel vorstellten jenseits der elementaren Notwendigkeiten wie Wirtschaft und sozialen Frieden. Auf die Gegenfrage, was Frankreich denn als sein Ziel begreife, sagte der Botschafter: die kulturelle Mission. Unsere Antwort müßte lauten: Wir wollen die Brücke bilden über den Graben, der beide Teile Europas immer noch trennt.

Wir sind das einzige Land Europas, das Ost und West in sich hat. Wir sind das einzige Land, das erfahren hat, wie tief das vergangene halbe Jahrhundert Ost und West voneinander entfernt hat. Wir sind das einzige Land, das die praktischen und menschlichen Schwierigkeiten des Zusammenführens und Zusammenwachsens hat und kennt. Wir sind das einzige Land, das nicht von West nach Ost oder

von Ost nach West sieht, sondern aus beiden Blickrichtungen Europa betrachten kann. Wir sind das einzige Land, das seit vierzig Jahren in Westeuropa verwurzelt und mit Osteuropa stark verbunden ist - nicht zuletzt durch die Kenntnisse, Erfahrungen und persönlichen Beziehungen vieler Ostdeutscher. Das vereinte Deutschland verfügt über ein großes, in ganz Europa einmaliges politisches Kapital. Sollte sich das nicht vermitteln lassen? Könnte sich für die „europäische Idee“ nicht sogar Idealismus regen? „Nationen beziehen moralische Kraft auch aus einer Außenpolitik, die von aufgeklärten Zielen bestimmt ist“, schrieb Gordon Craig, der wohl bedeutendste Historiker Deutschlands in Amerika.

Noch ist jedenfalls nicht erwiesen, daß die Deutschen von ihren Nöten und Problemen überfordert sind - vielleicht sind sie unterfordert? Vielleicht brauchen wir etwas, das über uns selbst hinausweist? Vielleicht kommen West- und Ostdeutsche erst dann wirklich zusammen, wenn sie bei einer gemeinsamen Sache zusammenwirken? Niemand sage, die Deutschen seien nicht an sprechbar auf immaterielle Ziele - bisher hat es nur niemand gewagt, sie darauf anzusprechen.

Diese Fragen werden nur zögernd gestellt, weil die Zweifel so groß sind. Denn sicher ist heute nur, daß wir in einer inneren Verfassung sind, die uns außenpolitisch unberechenbar werden läßt. Und das ist fast das Schlimmste in einer Zeit, in der es immer weniger feste Größen gibt und es mehr denn je auf Stabilität ankommt. Unsere Außenpolitik beginnt zu Hause. Wir werden mit den erhöhten Anforderungen in Europa nur fertig werden, wenn wir mit uns selbst fertig werden. Und wir werden unsere Macht nur zügeln können, wenn wir uns Zielen verschreiben, die mehr bedeuten als Machtgewinn.

DER AUTOR

Dr. Peter Bender ist freiberuflicher Journalist und Essayist und lebt in Berlin

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 14/ 1995,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>